

„GRÜNZUG WEST“ AN A4

## Ringern um das grüne Paradies

Von Marion Eickler, 03.12.09, 12:11h

**Das Grünareal nördlich der Autobahntrasse zwischen Salzburger Weg und Bonnstraße soll in einem Bebauungsplan erstmals festgeschrieben werden. Bürgervertreter kritisieren jedoch, dass das Gebiet durch Neubauprojekte geschrumpft ist.**



Vom Lärmschutzwall an der Autobahn A1 herab hat man einen guten Blick über Weiden. Das Gelände sollte ursprünglich Teil des Grünzugs West sein, gehört heute aber zu einem Gartencenter. (Bild: Eickler)

WEIDEN - Rund 16.300 Menschen leben in Weiden. Doch es gibt dort keine einzige öffentliche in Plänen festgeschriebene Grünfläche von Belang. Aus diesem Grund machte sich die Stadt schon in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts erste Gedanken zum Grünzug West, die 1991 durch den Aufstellungsbeschluss für einen entsprechenden Bebauungsplan zum ersten Mal konkretisiert wurden. Wie Joachim Bauer vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen erläutert, entstand damals die Überlegung in der Stadtverwaltung, Ausgleichsflächen in zusammenhängenden Landschaftsteilen zu konzentrieren. Flächen in Zündorf, Wahn und Meschenich wurden hierfür reserviert - und eben der Grünzug West.

„Das ist heute unser Ausgleichspool. Werden andernorts für Bauvorhaben Bäume gefällt, können ökologisch hochwertige Ersatzpflanzungen in diesen Arealen erfolgen“, erklärt Bauer. Doch der Bebauungsplan für den Grünzug West - das ist ein Gebiet nördlich der Autobahn A 4, zwischen Salzburger Weg und Bonnstraße - kam bis heute nicht. Statt dessen entstanden neue Bauvorhaben, beispielsweise am Lammethshofweg und nördlich der Brücke Jungbluthgasse (Garten Müller). Das für den Grünzug zur Verfügung stehende Areal schrumpfte. Dazu sagt die Leiterin des Stadtplanungsamts, Anne-Luise Müller: „Das war in Ordnung so. Der Grünzug West ist ja bisher in seinen Umrissen nicht festgesetzt.“ Doch der ursprüngliche Aufstellungsbeschluss ist mittlerweile Makulatur. Deshalb soll er nun aufgehoben und ein neuer verabschiedet werden.

### Keine andere Wahl

Dieser sieht vor, das weitere 1,9 Hektar südlich des Wiener Wegs bebaut werden dürfen. Anne-Luise Müller erklärt: „Dort gibt es bereits die gesamte Infrastruktur, Straße und Kanalisation beispielsweise, das wollen wir nutzen und dort weitere dringend benötigte Wohnungen bauen.“

Die Bürgerinteressengemeinschaft (BIG) Weiden und mit ihr die BIG Junkersdorf halten die Änderung für unzulässig. „Der Grünzug West stellt eine Ausgleichsfläche für Eingriffe in Natur und Landschaft durch das Gewerbegebiet Marsdorf dar. Da dies inzwischen vollständig realisiert ist, stellt die nachträgliche Beschneidung der Ausgleichsfläche eine eindeutige Rechtsverletzung dar“, sagt die Vorsitzende des BIG Weiden, Elisabeth Spiegel.

Für eine gravierende Verschlechterung des Vorhabens hält Spiegel auch die Tatsache, dass eine rund 30 Hektar große Fläche in dem Gebiet für landwirtschaftliche Zwecke festgeschrieben werden soll. Auch Joachim Bauer räumt ein: „Im Sinne ökologischen Ausgleichs ist eine landwirtschaftliche Fläche weniger wertvoll als gestaltete Landschaft. Aber wir sind froh, dass der Bebauungsplan im Zuge der Regionale 2010 jetzt endlich kommt.“

Der Stadt bleibt angesichts der Haushaltslage wohl ohnehin keine andere Wahl. Die Ackerfläche befindet sich in Privatbesitz. Spiegel hingegen argumentiert: „Eine ökologisch verarmte 30 Hektar große Ackerfläche ohne innere Wegerschließung hat keinerlei Funktion für die Naherholung, trägt nicht zur Verbesserung der ökologischen Gesamtsituation in dem Bereich bei und ist praktisch der Allgemeinheit entzogen.“

Beide Bürgerinteressengemeinschaften appellieren daher an die Politik, an dem bestehenden Aufstellungsbeschluss festzuhalten und sich für eine Integration der Ackerflächen in den Grünzug West einzusetzen. Viel Zeit bleibt nicht. Am heutigen Donnerstag, 3. Dezember, ist die Vorlage Thema im Ausschuss Umwelt und Grün. Die Bezirksvertretung Lindenthal wird in ihrer kommenden Sitzung am Montag, 7. Dezember, über den Grünzug West beraten. Und bereits einen Tag später, am 8. Dezember wird der endgültige Beschluss im Stadtentwicklungsausschuss gefasst.